

30.08.2011

Heute landesweiter Aktionstag gegen geplante Kürzungen des Bundes Jugendwerkstätten im Landkreis in Gefahr?

Osnabrück. Der Arbeitstitel ist unspektakulär: „Instrumentenreform“ lautet die zum 1. April kommenden Jahres von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) geplante Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten. Besonders betroffen könnten auch Jugendwerkstätten in der Region sein, die sich um die Eingliederung von jungen Arbeitslosen mit Job-Handicaps kümmern.



Bisher erhalten Einrichtungen wie die Osnabrücker Dammstraße, in der zurzeit rund 70 von insgesamt 140 vom Jobcenter im Stadtgebiet geförderte Jugendliche mit Vermittlungshandicap betreut werden, oder die Jugendwerkstatt Georgsmarienhütte (die neben Belm, Bramsche, Dissen und Fürstenaueiner von fünf Trägern im Landkreis ist) für angebotene „Arbeitsgelegenheiten“ im Schnitt rund 350 Euro monatlich pro Teil-

nehmer. Dieser Betrag soll – so ist im Gespräch – künftig durch eine Pauschale geregelt werden. Höhe: 120 bis 150 Euro für die pädagogische Begleitung und 30 Euro als Verwaltungsanteil. Heinrich Trimpe-Rüschemeyer, Geschäftsführer der Bildungswerkstatt GMHütte, zu der auch die Jugendwerkstatt gehört: „Damit ist ein qualifiziertes Fortbildungsangebot nicht zu finanzieren. Das ist kurzfristig gedacht.“

In Hannover findet heute ein landesweiter Aktionstag unter dem Motto „Instrumente – Fordern – Verantwortung“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen statt, da Bundesministerin von der Leyen das Job-Center in der Landeshauptstadt besucht.

Die konkreten Auswirkungen einer „Instrumentenreform“ sind allerdings noch völlig unklar: Maßarbeit-Vorstand Siegfried Averhage: „Da sind für den Landkreis Osnabrück zurzeit überhaupt noch keine Aussagen möglich.“ Dass gespart werde, sei aber grundsätzlich nichts Neues. Schon im Jahre 2011 seien die vom Bund zur Verfügung gestellten Eingliederungstitel für den SGB-II-Bereich für den Landkreis um rund drei Millionen Euro gekürzt worden. Bei der Stadt Osnabrück sei die Summe von 14,9 auf 11,1 Millionen Euro zurückgegangen.

Stadtjugendpfleger Hans-Georg Weisleder, zuständiger Fachdienstleiter für Jugendberufshilfen in der Stadt, hofft, dass die Reform in der jetzigen Form politisch nicht beschlossen wird, da negative Auswirkungen auf die Förderpraxis benachteiligter junger Menschen die absehbare Konsequenz wären. Existierende Kooperationsprojekte zwischen Arbeitsförderung und Jugendhilfe hätten dann keine ausreichenden finanziellen Grundlagen mehr.